

form zunimmt.

- Dessen Grenzen sind markiert durch die Notwendigkeit, wachsende von den großen Kapitalien diktierte gesellschaftliche Aufgaben zu befriedigen bei gleichzeitiger Erhaltung ihrer Profitrate zur Garantie internationaler Wettbewerbsfähigkeit.
- Aus diesem Widerspruch resultiert ein sich verschärfender Lohnraub qua Besteuerung der abhängigen Massen in direkter und indirekter Form.
- Zugleich werden die auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene zur Verfügung stehenden Finanzmassen zentralisiert. Dezentralisiert verläuft einzig die zunehmende Verschuldung.
- Staatliche Globalplanung bleibt nach wie vor Anpassungsplanung, jedoch nicht allein an bestehenden Tatsachen orientiert, sondern scheinbar objektiv vorgegebene Trends in ihr Kalkül miteinbeziehend. Ihre qualitative Änderung bleibt ausgeschlossen, solange der Produktionssektor selbst privater Verfügung unterliegt.
- In der Kollision der verschiedenen staatlichen Sicherungsstrategien - ein Ziel ist jeweils nur um den Preis der Aufgabe eines anderen realisierbar - spiegelt sich in zunehmender Deutlichkeit die Widersprüchlichkeit der materiellen Basis selbst. Abstumpfung alter Konflikte erzeugt so vielfältige neue Konflikte.
- Im Konflikt zwischen längerfristigen Interessen und kurzfristigen Notwendigkeiten haben sich bisher letztere auf Kosten ersterer immer wieder durchgesetzt. Unmittelbare Kapitalverwertung wird gesichert um den Preis langfristig erschwerter Bedingungen.

3.3 Der Erscheinungsort: Die kommunale Ebene

Einwirkungen privater und staatlicher Infrastrukturpolitik auf die Kommunen

Dieses Streben nach "technokratischer Effizienz" betraf die formalisierte Gewaltenteilung des staatlichen Systems sowohl auf der horizontalen wie vertikalen Ebene. Besonders wichtig scheint uns dabei der Zug zur Zentralisierung juristischer und materieller Gewalt zu sein. "24.000 öffentliche Hände" rücken sowohl bezüglich der bisherigen als auch bezüglich der ihnen zugeordneten Funktion in den Brennpunkt staatlichen Reform-Interesses. Deshalb untersuchen wir hier den Funktionswandel der Kommune, der sich daraus ergibt.

Zunächst fiel bereits bei der Analyse staatlicher Verteilertätigkeit der auf der Ebene der Kommune am raschesten wachsende Widerspruch zwischen Aufgaben und Mitteln auf (vgl. Abb. 7, S. 49). Städte wie Kassel meldeten bereits einmal den Bankrott an, die Folge einer Schuldenpolitik, die es notwendig macht, daß von der ohnehin geringen freien Spitze städtischer Haushalte heute ca. 46 % für Zins und Tilgung ausgegeben werden müssen (151).

Auf der Suche nach neuen Einnahmequellen werden die den Kommunen zukommenden Steuern zunächst zum Angelpunkt des Interesses. Aufgrund der herrschenden Steuerregelung sind die Gemeinden dabei in erster Linie abhängig von der Gewerbesteuer. Imperativ ihrer Politik ist es also, Betriebe anzusiedeln, um die eigenen Taschen zu füllen und den sich ihnen stellenden Aufga-

ben nachkommen zu können. Für Industrieansiedlung aber muß der entsprechende Ort ausreichend attraktiv sein. D.h. heute, er muß nicht nur günstige Verkehrsverbindungen haben, sondern ein Infrastrukturangebot, das eine Ansiedlung qualifizierter Arbeitskräfte erleichtert (152) und optimale technische Standortvoraussetzungen bietet.

Der Imperativ einer Betriebsansiedlung "um jeden Preis", die sich dabei verschärfende Konkurrenzsituation der Gemeinden, die Möglichkeit der Konzerne, bereits auf überregionaler Ebene ihre Interessen durchzusetzen, in einigen Fällen auch Absprachen vornehmen zu können (153), hat zur Folge, daß die ohnehin vorhandene "kommunale Umverteilung" von der Masse der Arbeiter und Angestellten auf die Kapitalien (154) sich noch weiter verschärft.

Das Gerangel der Gemeinden um die Ansiedlung von Betrieben geht so weit, daß man für die Industrie regelrechte Bilderbücher verfaßt und nationale Werbekampagnen finanziert (155). Augenscheinlich ist es auf dem ganz besonderen Markt der Industrieansiedlung einmal genau umgekehrt wie auf allen anderen: Der Kunde - die Industrie - ist tatsächlich König. Als Aberwitz dieser Entwicklung ist anzusehen, daß selbst in ihrer ganzen Struktur technokratische costbenefit-Analysen den wirtschaftlichen Erfolg für die Gemeinden als oft minimal erscheinen lassen.

Überhaupt scheint das einzig herrschende Vernunftprinzip das des Einzelunternehmerischen Kalküls zu sein. Dort fällt jedoch auf, daß viele Gemeinden in ihrem Bemühen, attraktiv zu werden, ihre Infrastruktur ohne wirtschaftlichen Nutzen einfach der Bevölkerung zur Verfügung stellen müssen, also nach gesamtkapitalistischer Ratio diese Mittel verschwenden. Dies mag ein Grund für das immer stärkere Eingreifen der Instanzen von Land und Bund in diesem Prozeß sein. Andere sind die wachsende finanzielle Größe verschiedener Vorleistungen, die regionale Bedeutung vieler Maßnahmen, welche von einzelnen Kommunen weder wahr - noch in Angriff genommen werden können. Folglich bestehen immer mehr Mittel der Kommunen aus zweckgebundenen Zuweisungen der Länder und des Bundes und folglich werden die Investitionen dieser Instanzen selbst zunehmend umfangreicher und entscheidender. Das findet seinen Ausdruck in den regionalen Entwicklungsplänen, die die Gemeinden auf bestimmte Mittel und Funktionen festlegen. Diese Feststellung gilt bis in den Bereich des Wohnungsbaus hinein.

"Das Wohnungsbauprogramm 1971 bis 1975 wird besonders dadurch gekennzeichnet sein, daß Wohnungen mit zukunftssicherem Wohnungsstandard an zukunfts-sicheren Standorten zu fördern sind . . . Dabei ist in Stadt- und Stadtteilzentren in Fußgängerentfernung um die Haltestellen der Schnellbahnen eine hohe Verdichtung anzustreben. Die Wohnungen sollen deshalb nur in besonders begründbaren Fällen außerhalb eines 15-Minuten-Fußweges (etwa 1000 m Radius) vom Mittelpunkt des zentralen Ortes oder von der Schnellbahnstation eines Stadtteiles entfernt gebaut werden" (156).

Bleibt also die Gemeinde formal Verhandlungspartner der Industrie, so werden doch real die Instanzen auf Land- und Bundesebene als diejenigen, welche die Grund- und Vorentscheidungen treffen, einen zunehmenden Förderungsanteil vergeben und über die Mittelver-